

Kommunales Zentrum im OT Hönow – Bürgermeister Klaus Ahrens verweigert sich vehement sachlichen Argumenten

„Unsachgemäße Verschwendung statt sinnvoller Verwendung“

Unter diesem Motto muss das Votum einiger Mitglieder der Gemeindevertretung, einschließlich des Bürgermeisters gestanden haben, als es bei der Sondersitzung der Gemeindevertretung Hoppegarten am 18.10.2010 zum Bau/Mietvorhaben eines kommunalen Zentrums im OT Hönow zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag kam. Die Sondersitzung der Gemeindevertretung wurde zur Beratung und Beschluss über den gemeinsamen Antrag der Abgeordneten Annette Thoms (Die Linke), Wolfgang Toleikis (Bündnis für Hoppegarten) und Christian Arndt (B90/Grüne) einberufen. Der Antrag beinhaltet einerseits die klare Positionierung für die Errichtung eines kommunalen Zentrums im OT Hönow, aber auch den Vorschlag, das aktuelle Vorhaben zum Bau mit einem Kostenvolumen von rund 3 Millionen Euro bzw. zur Einmietung in ein bestehendes Gebäude, was dauerhaft jährliche Kosten von 300.000 bis 400.000 € verursachen würde, vorerst einzustellen, da die hierfür finanziell notwendigen Mittel im Haushalt der Gemeinde nicht vorhanden sind. Weiterhin wurde im Antrag angeführt, regelmäßig über mögliche Realisierungsvarianten zu beraten, um so das kommunale Zentrum vordergründig im Fokus zu behalten und sobald Umsetzungsmöglichkeiten vorliegen, die finanzierbar sind, diese auch zu verwirklichen.

Darüber hinaus gibt es kein Konzept, wer wie in welcher Form ein solches Zentrum betreiben soll und kann. Die Jugendwerkstatt Hönow sowie die Seniorinnen und Senioren der Volkssolidarität, welche als Hauptnutzer eines kommunalen Zentrums in Hönow vorgesehen waren, wollen nach eigenen Aussagen nicht mehr ins kommunale Zentrum einziehen, weil sie im Ortsteil Hönow seit mehr als einem Jahr anderweitig hervorragend untergebracht sind und sich dort sehr wohl fühlen. Diese entscheidenden Tatsachen wollen Teile der Gemeindevertretung und der Bürgermeister nicht zur Kenntnis nehmen.

Hoppegarten mit seinen drei Ortsteilen hat bereits ein schönes kommunales Zentrum mitten im Herzen unserer Gemeinde. Neben dem Verwaltungsgebäude liegt der neue Gemeindesaal im Ensemble mit dem Haus der Generationen. Hier finden jährlich mehrere Veranstaltungen unterschiedlichster Art statt und doch wäre eine höhere Auslastung sehr wünschenswert. Die Grenzen des Möglichen sind noch lange nicht erreicht. In allen drei Ortsteilen gibt es bereits jetzt eine Vielzahl von kulturellen Angeboten. Vereine und Verbände beleben unsere Gemeinde und bieten ebenso wie andere vorhandene Infrastruktur Treffpunktmöglichkeiten für Jung und Alt. Gerade im Hinblick auf ein enges Zusammenwachsen der drei Ortsteile Dahlwitz-Hoppegarten, Münchehofe und Hönow wäre die Beibehaltung eines kommunalen Zentrums für die gesamte Gemeinde so wertvoll, anstatt das jeder Ortsteil ‚sein Süppchen kocht‘.

Als ein Punkt der Antragsbegründung ist die extrem angespannte Lage des Finanzhaushaltes unserer Gemeinde Hoppegarten hervorzuheben. Der aktuelle Entwurf des Haushaltsjahres 2011 sowie die Planzahlen für die fortfolgenden Jahre weisen einen jährlichen Verlust von über 2,5 Millionen Euro aus. Gleichfalls belasten die Gemeinde Hoppegarten nach vorsichtigen Schätzungen 10 Millionen Euro an Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Siedlungserweiterung in Hönow entstanden sind.

In der Diskussion zum Antrag im Verlauf der Sondersitzung bestätigte der Kämmerer der Gemeinde Hoppegarten, Herr Oliver Theel, dass auf Grundlage der Haushaltszahlen ohne weiteren Schuldenzuwachs die Realisierung eines kommunalen Zentrums im OT Hönow zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich scheint.

Herr Bürgermeister Klaus Ahrens, der seit Wochen und Monaten eher den Eindruck macht, am GemeindeWOHL völlig desinteressiert und desorientiert zu sein und das Ende seiner Amtszeit herbeizusehnen scheint, ignorierte nicht nur die Aussage des Kämmerers. Er ignorierte gleichzeitig den Hinweis auf gesetzliche Verpflichtungen der Gemeinde Hoppegarten – die Bereitstellung von ausreichenden Kindergartenplätzen für die Kinder unserer Gemeinde und damit verbunden den Neubau einer dringend benötigten Kindertagesstätte – welche vorrangig vor der Errichtung und Betreibung eines (weiteren) kommunalen Zentrums - einer freiwilligen Aufgabe - zu erfüllen wäre. Im laufenden Kitajahr können nach aktuellen Zahlen der Verwaltung 148 Kinder nicht mit einem Platz in einer Kindertagesstätte unserer Gemeinde versorgt werden. Diese Zahl ist steigend und dem Bürgermeister bekannt. Als vehementen Befürworter der sofortigen Umsetzung des kommunalen Zentrums im OT Hönow sind ihm diese Kinder, die vorliegenden Haushaltszahlen und der drückende Schuldenberg und somit sein politisches Erbe, welches er der Gemeinde nach dem Ende seiner Amtsperiode im kommenden Jahr hinterlässt, aber scheinbar egal. Auf die Eltern der nichtversorgten Kinder können hohe familiäre und berufliche Belastungssituation zukommen, da sie ihre beruflichen Tätigkeit nicht oder nur eingeschränkt ausüben können.

Grotesk mutet es weiter an, dass eine mögliche Mitschuld des Bürgermeisters am entstandenen Schuldenberg auf Grund von Versäumnissen dienstlicher Kontrollmechanismen noch zu untersuchen ist.

Nicht zuletzt deswegen mehren sich die Stimmen derer, die eine vorzeitige Abwahl des Bürgermeisters befürworten.

Leider halten auch andere Mitglieder der Gemeindevertretung ihre Augen vor Notwendigkeiten und vorrangigen Aufgaben verschlossen.

Besonders impulsiv schien dabei der Gemeindevertreter Norbert Norden (Bürgerkomitee, ehemals Mitglied der PDS, ehemals Mitglied der CDU, nach Presseberichten ehemals Mitglied der Stasi) zu sein. So betitelte er andere Mitglieder der Gemeindevertretung, die sich für den Antrag aussprachen, die aktuellen Pläne für das kommunale Zentrum zur Zeit ruhen zu lassen und regelmäßig nach aktueller Haushaltslage neu zu beraten, als Wendehälse.

Ein Titel um den er sich doch selbst im besonderen Maße verdient gemacht hat.

Abgesehen von den Antragstellern selbst fand der Antrag geschlossene Unterstützung bei den Fraktionen ‚Bündnis für Hoppegarten‘ und ‚FDP/Freie Wähler/B90/Grüne‘, ebenso wie beim Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herrn Kay Juschka (CDU). Insgesamt votierten 11 Gemeindevertreter/innen für den Antrag, 11 dagegen, 4 enthielten sich der Stimme. Mit diesem Gleichstand der Stimmen ist der Antrag abgelehnt und eine Einmietung, welche der Gemeinde im wahrsten Sinne des Wortes sehr teuer zu stehen kommt, droht zu erfolgen.

Abschließend bleibt zu prüfen, ob bei Beachtung der Tatsachen, dass gesetzliche Verpflichtungen, in diesem Fall die Bereitstellung von Kitaplätzen, Vorrang vor

freiwilligen Leistungen haben, hier die Errichtung eines weiteren kommunalen Zentrums, die Ablehnung des eingebrachten Antrages und die Folgerungen daraus, rechtens sind.

Die Gemeinde Hoppegarten mit seinen Ortsteilen hat ein kommunales Zentrum. Dieses sollte unbedingt intensiver genutzt werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich der Bürgermeister und die Mitglieder der Gemeindevertretung zukünftig und nachhaltig auf die wesentlichen Dinge besinnen und die wichtigen, die vorrangigen und verbindlichen Aufgaben im Sinne aller Einwohner/innen unserer Gemeinde anpacken. Die Rufe nach „Die Hönowener brauchen ...“, „Die Dahlewitzer müssen ...“ oder „Die Münchehofener sollen ...“ bringen diese Gemeinde nicht voran. Wir leben in einer Gemeinde, die zu klein ist, um solche regionalen Unterschiede zu machen, aber zu groß, um zuzulassen, dass tatsächlich existierende Probleme, Bedürfnisse und Bedarfe, welche die gesamte Gemeinde Hoppegarten betreffen, ignoriert werden.

Christian Arndt
Bündnis90/Die Grünen
Gemeindevertreter Hoppegarten